



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



DR. WERNER WEIDENFELD

Professor für Politikwissenschaft

EUROPA IM UMBRUCH – PERSPEKTIVEN EINER
NEUEN ORDNUNG DES KONTINENTS

VORTRAG AM ÜBERSEETAG, 7. MAI 1990



Meine Damen und Herren!

Ich habe heute abend gelernt, daß sich jeder auf seine Art auf eine solche Rede vorbereitet. Der eine liest alte Reden nach – ein sicher löbliches Unterfangen und sehr anregend –, um gleichzeitig festzustellen, wie begrenzt unsere prognostischen Fähigkeiten doch sind und wie das Ansatzpunkt neuer Bescheidenheit wird. Das gilt natürlich weit über diesen Saal hinaus. Ich möchte es als Orientierung für die politisch-intellektuelle Klasse der westlichen Welt generell ansehen. Ich glaube, es steht ihr ganz gut zu Gesicht im Blick auf ihren begrenzten Spürsinn hinsichtlich dessen, was sich in Osteuropa vollzogen hat, sich jetzt etwas zurückhaltender, stiller und lernfähiger zu verhalten.

Ich habe zu meiner Vorbereitung auf die heutige Veranstaltung zunächst einmal einen anderen Zugang gewählt: Ich habe mir die Liste der bisherigen Festredner angeschaut und mußte dann doch feststellen, daß dies bei mir eine gewisse mentale Befangenheit auslöste. Ich glaube, das ist nachvollziehbar; denn von Stresemann über Adenauer bis Hallstein sind das Figuren, über die ich bisher publiziert habe, aber in deren Fußstapfen zu treten ich noch nicht die Ehre hatte. Nun hat Herr Vöscherau auch noch erklärt, er erwarte „Wegweisendes“ von mir. Das hat mich natürlich dann doch in eine ehrfürchtige Defensive gebracht. Ich hoffe, daß ich das im Laufe meiner Bemerkungen und meines Vortrages etwas abarbeiten kann.

Wir Europäer vollziehen in diesen Tagen den Abschied von der alten Ordnung. Die Zäsur wird radikaler ausfallen als bisher angesprochen – machtpolitisch wie ökonomisch, kulturell wie sozialpsychologisch. Wesentlicheres vollzieht sich, als in den taktischen Finessen rhetorischer Tagesarbeit greifbar wird. Die Oberfläche ist vielfältig schillernd: Emotionale Selbstvergewisserung hier, Beruhigung dort, Aufbruchspathos hier, Beschwichtigung dort, Besitzstände hier, Ansprüche dort: Offenbar ist ganz unterschiedlicher Bedarf gleichzeitig zu befriedigen.

Aber das, was sich in Europa eigentlich vollzieht, ist mit einfachen Strichen zu bezeichnen: Der Abschied von der alten Ordnung ist das Ende der Spaltung des Kontinents; er ist zugleich das Ende des totalitären Zugriffs der Einparteienherrschaft und der ruinösen Bevormundung durch planwirtschaftliche Apparate. Wenn in dieser Weise Imperien zerfallen, dann gibt es keine bequemen Logenplätze für unbeteiligte Zuschauer. Mit dem Abschied von der alten Ordnung vollziehen wir wohl auch das Ende souveräner Handlungskompetenz des Nationalstaates. Die herkömmliche Vorstellung von nationaler Souveränität erweist sich sowieso seit langem als ein idyllisch-naiver Ausschnitt aus dem Archiv. Internationalisierte Aufgaben entziehen sich dem national-staatlichen Zugriff – eine scheinbar paradoxe Logik im Angesicht revitalisierter nationaler Gefühle. Wenn die zentralen Herausforderungen über nationale Grenzen hinweg auswandern, dann bildet die permanente Überforderung einzelstaatlichen Handelns die logische Konsequenz. Für mich liegt der Schlüssel für viele gesellschaftliche Komplikationen in genau dieser Überforderung des einzelstaatlichen Handelns: Wir erwarten vom Staat, auch von seinen Teilsystemen, Lösungen, die sich ihrem Zugriff längst entzogen haben. Kommt noch hinzu, daß der Rahmen, in dem sich dies alles vollzieht, labiler und diffuser wird, weil sich die Architektur der Weltpolitik eben gleichzeitig tiefgreifend wandelt.

Auf einen Nenner gebracht: Alle Elemente unseres Orientierungswissens zur internationalen Politik verändern ihr Gewicht. Unterhalb der Oberfläche tagespolitischer Hektik, in der Tiefendimension des gesellschaftlichen Lebens – auch in der Tiefendimension des internationalen Austausches –, vollziehen sich tektonische Verschiebungen von revolutionärer Größenordnung.

Wie ist dies zu erklären? Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Welche politische Strategie ist zu entwickeln? Unsere politische Ratio hat drei zeitgleiche Umbrüche zu verarbeiten, von denen jeder einzelne für sich allein eine ausreichende politisch-intellektuelle Herausforderung wäre.

1. Da ist der Zusammenbruch der totalitären Regime in Ost- und Mitteleuropa.

Die Länder des früheren Ostblocks vollziehen heute den Aufbruch in die Moderne Europas. Modernisierung läßt sich vielfach deklinieren: Pluralisierung der Lebenswelten, Notwendigkeit der Dezentralisierung, wachsendes Tempo der Innovation, Differenzierung der Lebensstile, größerer Technologiebedarf. Die Konsequenz: Die Ideologie verliert ihre sinnstiftende Funktion, ja sie verliert jede Plausibilität und Bindewirkung.

Der entscheidende machtpolitische Schritt dazu – im Westen im Grunde genommen kaum beobachtet und kaum registriert – wurde von Gorbatschow vollzogen, als er 1987/1988 begann, prinzipiell festzustellen, die Kommunistische Partei verfüge nicht über das Monopol auf Besitz der Wahrheit. Damit war mehr geschehen als irgendeine jener politischen Kurskorrekturen, die wir immer wieder erleben. Es war eine spezifische Definition vom Sinn menschlichen Daseins und zugleich eine spezifische Definition der Folgen für die politische Ordnung, die daraus zu ziehen waren, aufgegeben; eine Definition, deren Durchsetzung man bis dahin auch mit subtiler oder brutaler Gewalt sicherstellte. Gemeint ist die Vorstellung, der Mensch werde nur als Gattungswesen seine Sinnerfüllung finden, und dieser Sinn sei erst dann realisiert, wenn sich individueller und kollektiver Pulsschlag in einem Gleichklang befanden. Die Vollendung des Menschen sei erreicht, wenn das entfremdete Individuum im Kollektiv aufgegangen sei.

Aus der Aufgabe dieses geistigen Monopolanspruchs folgt konsequenterweise das Ende des politischen Führungsmonopols der Partei. Aus der Modernisierung wächst damit die Tendenz zur Pluralität, wächst der Druck zur Öffnung nach innen und

außen und schließlich der Druck zur Demokratisierung. Mit der Aufgabe des Wahrheitsmonopols ist zwar nicht jeder machtpolitische, aber der ideologische Konflikt zwischen Ost und West beendet und auch künftig nicht restaurierbar.

2. Der zweite Umbruch vollzieht sich im Westen mit dem selbstverordneten Modernisierungsprogramm „Europa 1992“.

Erinnern wir uns an den Ausgangspunkt: Die stagnierende westeuropäische Integration schien düsterste Kassandrarufer zu rechtfertigen. Unter den Schlagzeilen der Eurosklerose schien die Europäische Gemeinschaft zu einem Museum der Moderne verkommen zu sein: gefesselt in den eigenen gesellschaftlichen Verkrustungen, gelähmt durch nationalistische Egoismen, mitleidig herablassend belächelt von den Hauptkonkurrenten auf den Weltmärkten, die den Europäern bestenfalls noch Nischen zuwies. Auf dem Feld der entscheidenden Zukunftsgüter drohte die Gemeinschaft abgehängt zu werden. In der Mikroelektronik belief sich der EG-Anteil auf marginale Größenordnungen, unter 10 Prozent der Weltproduktion. Bei der Entwicklung digitaler Telefonvermittlungssysteme läßt sich der Ressourcenverschleiß durch teure Parallelentwicklung anschaulich machen: Die Europäer haben hier nicht weniger als zehn unterschiedliche Systeme entwickelt, die USA nur drei, die Japaner zwei. Die Folge: Die Europäer haben mit 19 Milliarden DM Entwicklungsaufwand viermal soviel ausgegeben wie die Japaner und mehr als doppelt soviel wie die Amerikaner. Die arbeitsmarktpolitische Dimension: Im gleichen Zeitraum, in dem in den USA gut 18 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden, in Japan 6 Millionen, gelang es in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft zusammen, lediglich zusätzlich 60 Tausend weitere Arbeitsplätze einzurichten. Der Beschluß einen Markt ohne Hindernisse zu schaffen, ist die überfällige Antwort. Europa wird einen Effektivitätssprung vollziehen.

Aber jeder Modernisierungsprozeß hat zwei Seiten, jede Veränderung dieser Art weist natürlich Licht und Schatten auf: Was einerseits effektivere Produktion, rationalere Marktlage, Kosten- und Preissenkung, wirtschaftliches Wachstum heißt, kann andererseits bedeuten: Verlust des Arbeitsplatzes durch Rationalisierungsmaßnahmen, Stilllegung von Betrieben, weil sie auf dem verschärften Markt nicht mehr bestehen können, regionaler Niedergang, weil Standortnachteile zu gravierend geworden sind, branchenspezifische Konkurse, weil anderswo günstiger produziert wird, Wettbewerb sozialer Regelungssysteme. Im verschärften Markt werden die unterschiedlichen sozialen Sicherheitssysteme als Kostenfaktor eine eher erhöhte Rolle spielen. Der Binnenmarkt wird also nicht nur mittelfristig einen Wachstumsschub auslösen, sondern er wird auch eine Fülle lange angestammter Besitzstände in Frage stellen. Es gehört wenig Phantasie dazu, Konflikte eines neuen Ausmaßes in Europa zu erwarten. Die Auseinandersetzungen in der Stahlindustrie, bei den Werften, in der Landwirtschaft haben nur eine gewisse Vorahnung dazu vermittelt. Aber für diese neue Qualität von Konflikten, die sehr tief manifeste Interessen angreifen, fehlen bisher adäquate Legitimationsprozeduren. Der Mangel an Transparenz und Effizienz europäischer Verfahren ist spätestens dann nicht mehr tragbar.

Mit der Vollendung des Binnenmarktes findet eine dramatische Ausdehnung von Entscheidungsmaterien auf europäischer Ebene statt. Die Gewährleistung der politischen Rahmenbedingungen des Marktes, die bisher weitgehend von den Einzelstaaten wahrgenommen wurde, wird dann ja auf das neue politische System der Europäischen Gemeinschaft übergehen. Mehr als 80 Prozent der marktrelevanten Gesetzgebung werden sich bei Vollendung des Binnenmarktes auf europäischer Ebene vollziehen. Für eine solche Explosion an politischem Entscheidungsbedarf sind die europäischen Führungs- und Entscheidungsinstanzen nicht ausgelegt. Die Frage nach der Handlungsfähigkeit – und damit die Frage nach dem adäquaten politischen Führungsinstrumentarium – wird zum Schlüsselthema im Europa der neunziger Jahre.

3. In diesen westeuropäischen wie in den osteuropäischen Konstellationswandel verkantet und verfügt ist die dritte Variante der Veränderung: das deutsche Thema.

Wie soll Deutschland organisiert sein? Wohin gehört es? Wo definiert es seinen eigenen Standort? Was wird den deutschen Weg in Zukunft markieren? Was macht die Identität der Deutschen aus? Diese Fragen, die wir heute wieder zu beantworten

haben, gehören im historischen Rückblick zu den dramatischsten Themen, die die Geschichte kennt; denn sie provozieren durch die verschiedenen Epochen hektisches machtpolitisches Kalkül; sie führen internationale Koalitionen zusammen und auseinander; sie lösen Konflikte aller Art und aller Qualität aus. Zu keinem Zeitpunkt gibt es zu diesem Thema die unbefragte Selbstverständlichkeit, gibt es die selbstgewisse Normalität.

Zu jeder Epoche steht Deutschland im Brennpunkt des europäischen Interesses. Es ist zu stark, um für die anderen uninteressant zu sein, es ist zu schwach, um von den Interessen der Umwelt unberührt zu bleiben. Machtpolitisch wie ideengeschichtlich stellt die Organisation des Zusammenlebens der Deutschen einen wesentlichen Zugang für die europäische Ordnungspolitik dar – im Positiven wie im Negativen, als Einigungsmotiv wie als Sprengsatz. Insofern ist immer dann besonderes politisches Spurgefühl angezeigt, wenn die Verbindung von deutscher und europäischer Perspektive angesprochen, ja wenn sie problematisiert wird.

Wir haben immer gesagt, die deutsche und die europäische Einigung seien zwei Seiten der gleichen Medaille. Jetzt haben wir die Gelegenheit, die Richtigkeit dieses Satzes zu belegen. Die Art und Weise, wie wir das tun, entscheidet nicht nur über die gegenwärtige politische Atmosphäre. Sie wird langfristige Prägungen zur Folge haben, so wie auch die Teilung langfristige mentale Auswirkungen hatte und haben wird. Wir befinden uns ja gewissermaßen in einer zweiten mentalen Prägephase des Zwanzigsten Jahrhunderts, und insofern, denke ich, kommt es hier sehr auf die Nuancen an. Unterschiedliche Facetten färben dazu die heutigen Bilder, die wir wahrnehmen: drängende Ungeduld, alltägliche Lebenschancen zu schaffen; wacher Sensus für materielle Aspekte und hoffentlich auch für das immaterielle Gewicht der Einigung; Selbstbeschränkung bei den Ansprüchen an den anderen Deutschen, dessen Selbstachtung es zu wahren gilt – in beide Richtungen: von West nach Ost wie von Ost nach West –; sensibler Einbezug nachbarschaftlicher Erwartungen und Befürchtungen in Europa – kurzum, auch die Kultur der Einheitsstiftung will gelernt sein.

Die direkteste Wechselwirkung beider Einigungsprozesse – des deutschen wie des europäischen – wird in der Beschleunigung der westeuropäischen Integration bestehen. Da kommt zusammen, daß wir Deutschen keinen Zweifel an unserer Integrationsfreudigkeit aufkommen lassen können und daß die europäischen Nachbarn ein elementares Interesse daran haben, die deutsche Frage durch Integration einzuhegen. In diesen Tagen ist die Folge konkret ablesbar: Die Geschwindigkeit des Integrationszuges wächst.

Mit diesen drei revolutionären Umbrüchen in West-, Mittel- und Osteuropa korrespondieren – und das macht die Sachlage noch komplizierter – die Identitätsdebatten, die bei allen großen Akteuren der Weltpolitik, in der Sowjetunion wie in den Vereinigten Staaten wie in Europa, begonnen haben: Die Sowjetunion vollzieht gegenwärtig ja nichts anderes als einen tiefgreifenden Wandel ihres Selbstverständnisses. Nach dem Abschied vom Anspruch auf Weltherrschaft folgt der Abschied von der imperialen Weltmachtstellung. Weltmacht ist die Sowjetunion bestenfalls noch auf einigen militärischen Gebieten. Nunmehr vollzieht sie den schwierigen Wechsel ihres Selbstbildes hin zu einer eher traditionell ausgestatteten Großmacht.

Moskaus schwieriger Rollenwechsel von der imperialen Weltmacht zur traditionellen Großmacht, so läßt sich vieles nachvollziehen, was wir an Komplikationen und Schwierigkeiten in der Sowjetunion und ihrer Einflusssphäre gegenwärtig beobachten können.

In den USA beginnt gegenwärtig ebenfalls eine neue Selbstverständigungsdebatte; es beginnt eine neue Welle der intellektuellen Selbstbefragung, wohin denn die Mission der amerikanischen Nation führen, worin sie in Zukunft bestehen könne. Wohin solle denn Amerika führen, nachdem die Herausforderung durch einen ideologisch fixierten Gegner entfallen?

Aufstieg und Fall großer Mächte – bezeichnenderweise ist dieser Buchtitel in Amerika nicht nur zu einem Bestseller, sondern auch zu einem Gemeinplatz der gesellschaftlichen Konversation geworden. Eine Überdehnung des Einflusses beider Weltmächte wird sich reduzieren. Die Zahl der weltpolitischen Akteure wächst – und

damit auch die Zahl der Kooperationsmöglichkeiten wie der Konfliktmuster. Die Konsequenz: eine Relativierung früherer Machtstrukturen. Nie zuvor fanden gleichzeitig so zahlreiche Veränderungen in so vielen Regionen der Welt statt.

Und Europa? Ein ganzer Katalog von Fragen zur europäischen Architektur wartet auf adäquate Antworten:

- Welches Raumbild und welche normative Perspektive soll die Einigung Europas annehmen?
- In welchem Verhältnis werden westeuropäische Integration und gesamteuropäische Einigung stehen?
- Wie wird der osteuropäische Entwurf von Europa aussehen, nachdem an die Stelle ideologisch verordneter Homogenität nun durchaus konfliktträchtig nationale, ethnische und konfessionelle Identitäten treten?
- Wie sollen die in Europa aufkeimenden Konflikte geregelt werden?
- Welche Rolle kommt den bisherigen weltpolitischen Supermächten zu?

Wenn vor diesem Hintergrund in Europa die Frage „Wer sind wir?“ nicht ausstirbt, dann hat dies seinen Grund in den politisch-kulturellen Bedingtheiten des Kontinents: Größtmögliche Vielfalt der Traditionen, der Temperamente und Mentalitäten trifft hier in größtmöglicher räumlicher Dichte aufeinander. Die daraus resultierende Spannung hat in der Geschichte bis zur Gegenwart immer zwei antagonistische Konsequenzen gehabt: schöpferische Vitalität einerseits und zerstörerischen Herrschaftswillen andererseits. Europa kennt den Geist der Bergpredigt genauso wie die Herrschaft des Tyrannen und das Wörterbuch des Unmenschen. Soll nur die eine Seite der Medaille Europas wirksam werden, die kreativ ausstrahlende, dann gelingt dies den Europäern nur als Ergebnis einer aktiven politisch-kulturellen Leistung. Auch das schillernde Oszillieren zwischen der Betonung des Europäischen, der Dramatisierung des Nationalen und der Hinwendung zum Regionalen hat hier seinen Ansatzpunkt. Man ist aufeinander angewiesen – und sucht dennoch die Abgrenzung. „Ungesellige Geselligkeit“ ist dieses anthropologische Phänomen von Immanuel Kant genannt worden. Man empfindet kulturelle Sympathie füreinander und Sorge voreinander. Eine paradoxe Mischung aus Vertrautheit und Fremdheit bleibt offenbar zwischen den Europäern.

Dies alles zusammen beschreibt den Stoff, aus dem die politische Herausforderung unserer Tage gewebt ist, also eine höchst komplizierte Verbindung aus Freiheitswillen und Friedenssehnsucht, aus neuen nationalen Ansprüchen und ethnischen Identitätsfragen, aus politischen und ökonomischen Interessen und den daraus resultierenden Konflikten, aus zerfallenden Prägestempeln und weltpolitischen Wandlungen.

Welche Antwort kann Europa für eine neue Ordnung des Kontinents vor diesem Hintergrund formulieren? Die Antwort liegt in einem Schlüsselbegriff, und der heißt „Integration“ Gemeinschaftsbildung, Ausübung gemeinsamer internationaler Souveränität, Effizienz internationaler und supranationaler Organisationen – wir brauchen im Grunde genommen die handlungsfähige politische Instanz zur Problemlösung entlang der internationalisierten Problemstruktur. Nur eine solche Instanz verfügt über einen wirklichen Zugriff auf die Aufgaben und Probleme. Im Blick auf das heutige Europa im Umbruch geht es um drei verschiedene Formen der Gemeinschaftsbildung:

Erstens: die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur Politischen Union. So sehr Westeuropa durch die Öffnung des Ostens kulturell bereichert wird, politisch und ökonomisch reift die Europäische Gemeinschaft zum Kern des neuen Europas. Nach außen wirkt der Binnenmarkt wie ein Magnet, auf dessen Pol hin sich die Umwelt ordnet. Sein Gravitationsfeld reicht weit nach Osten. Seine weltpolitische Verantwortung wächst. Die innen- wie außenpolitischen Folgen des Binnenmarktes lassen den Entscheidungsbedarf sprunghaft ansteigen. Dem muß die inhaltliche Ausstattung der Gemeinschaft entsprechen: Währungsunion, Umweltkompetenz, Außenpolitik, innere und äußere Sicherheit. Dem muß auch die institutionelle Ausstattung der Gemeinschaft entsprechen: eine effiziente politische Führungsinstanz, ein transparenter, kontrollierender Parlamentarismus, ein klarer, machtteilender

Föderalismus. Die Fortführung der Integration in dieser Form verhindert im übrigen eine Konkurrenz der Nationen um die Führerschaft in Europa, und sie schützt vor den Folgen nationaler Rivalitäten.

Zweitens: die Schaffung einer Atlantischen Gemeinschaft. Es wäre naiv anzunehmen, ein einzelnes Segment der internationalen Politik bliebe von diesem Wandel unserer Tage ausgenommen. Auch die deutsch-amerikanischen Beziehungen und die europäisch-amerikanische Partnerschaft werden in den Sog der neuen Konstellationen geraten. Erstmals wird sich die Ratio deutsch-amerikanischer Freundschaft ausschließlich aus sich selbst heraus und ausschließlich positiv definieren müssen. Der Umweg über die Abgrenzung vom potentiellen Gegner ist verstellt. Die Entlastung des Definitionsdrucks durch den Ost-West-Konflikt entfällt. Natürlich bleiben für die deutsch-europäisch-amerikanischen Beziehungen gemeinsame normative Orientierungen. Natürlich bleiben partiell gemeinsame Interessen. Es bleibt ein immenses wissenschaftliches und ökonomisches Potential, gemeinsame zivilisatorische Probleme gemeinsam zu lösen, und es bleibt die historische Erkenntnis, daß beide Kontinente die Bindung an den anderen zu ihrer eigenen inneren kulturellen Balance brauchen.

Aber die Frage lautet vor dem Hintergrund der Entlastung durch den Wegfall des Ost-West-Konfliktes: Wie organisieren wir die positive Partnerschaft? Diese Frage bildet den Schlüssel für den Ausbau des transatlantischen Hauses.

Die Atlantische Gemeinschaft, die wir auszubauen haben, wird über eine Sicherheitsdimension, eine ökonomische wie eine politische Dimension verfügen. Sicherheitspolitisch wird der Beitrag der Europäer markanter und politisch profilierter als bisher ausfallen müssen und zugleich den dauerhaften sicherheitspolitischen Verbund mit den USA zu organisieren haben. Das ist der Platz einer politisch weiterentwickelten NATO. Ökonomisch werden die Europäer wie Amerikaner kreativer und kooperationsfähiger sein müssen, als es bisher in einem eher minimalistischen Krisenmanagement zwischen der EG und den USA zum Tragen kam.

Für die notwendigen politischen und institutionellen Vorkehrungen dieser Atlantischen Gemeinschaft kann man eine europäische Erfahrung nutzbar machen: Die Europäische Gemeinschaft hat Anfang der siebziger Jahre eine ähnliche internationale Drucksituation mit der Schaffung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, EPZ, beantwortet. In einem Prozeß der geradezu permanenten Kommunikation vollzieht sich hier von Augenblick zu Augenblick das millimeterweise Ablagern von Übereinstimmungen. In einem außerordentlich dichten Netzwerk von geregelten Kontakten werden nach dem Konsensprinzip gemeinsame Nenner für praktisch alle Fragen der internationalen Politik gesucht. Die Atlantische Gemeinschaft der neunziger Jahre wird ein vergleichbares Kommunikationssystem etablieren müssen. Drittens: die Schaffung einer Gesamteuropäischen Gemeinschaft.

Mit dem Ende des ideologischen Ost-West-Konfliktes steht Europa, zum ersten Mal in seiner Geschichte, an der Schwelle zur wirklichen Einheit. Unser Denken und Diskutieren darüber bleibt bisher im Grunde auf halbem Wege stehen – wir sind eben auch noch sehr stark von den alten Organisationsformen geprägt –, rückt pragmatische Übergangsstationen in den Vordergrund, was für eine Übergangszeit durchaus seinen Sinn haben mag: Beitritt der Osteuropäer zum Europarat, zur Technologiegemeinschaft EUREKA, Schaffung der Europäischen Entwicklungsbank, Assoziierung der osteuropäischen Staaten zur Europäischen Gemeinschaft. Auch die Betonung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, KSZE, kann doch nur eine abfedernde Übergangsrhetorik für eine nächste Zwischenphase sein. Denn würde die KSZE das endgültige Zielbild der Neuordnung Europas bedeuten, dann wäre es ein riskanter Rückschritt gewissermaßen in die Vormoderne der internationalen Politik. Sie bedeutet strukturell nichts anderes als das traditionelle Konzert der Mächte mit allen Risiken der Konflikteskalation – wo wir doch längst zu moderneren, supranationalen Entscheidungsformen gefunden haben.

Die Beitrittsüberlegungen der osteuropäischen Staaten zur Europäischen Gemeinschaft zeigen, daß wir sehr rasch zu neuen Ansätzen supranationaler Art für ganz Europa kommen werden, wahrscheinlich rascher, als wir uns dies heute vorstellen können. Der bisher auf Westeuropa begrenzte Torso einer europäischen Einigung

stellt in seinem Kern – nicht unbedingt in jedem Detail – von Anfang an eine Vision für ein künftiges Gesamteuropa dar: als ein Europa der Freizügigkeit, als ein Europa ohne trennende Grenzen, als ein Europa des freien Austausches von Meinungen, Kapital, Dienstleistungen, als ein Europa, in dem gemeinsame Aufgaben nach gemeinsamen Verfahren gelöst werden und als ein Europa, in dem Konflikte friedlich geregelt und nicht mit Gewalt ausgetragen werden.

Die Antwort auf die Frage nach der neuen Ordnung Europas ist auf einen knappen Nenner zu bringen: Drei zeitgleiche Umbrüche sind mit drei Formen von Gemeinschaftsbildung produktiv umzusetzen.

„Entscheidungskapazität“ heißt dazu das zentrale europäische Zukunftsgut. Ob es uns gelingt, die heute vorliegende Herausforderung von exemplarischer Kompliziertheit in dieser modernen wie zukunftssträchtigen Form anzunehmen, das ist eine Frage unserer politischen Vernunft und unserer politischen Kultur. Ich denke, daß die Idee Europa, über die ich gesprochen habe, dabei Zukunft haben wird; denn nichts spricht dafür, daß jede Generation wieder infantil beginnt und die alten Fehler wiederholt.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

